

Haushalt 2009

Stellungnahme der SPD-Fraktion am 16.12.2008 i.A. Ernst-Friedrich Schäfer

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,
sehr geehrte Damen und Herren,

wieder ist es unserem Kämmerer gelungen, trotz aller derzeitigen Irrungen und Finanzwirren, rechtzeitig im alten Jahr den Haushaltsentwurf für das Jahr 2009 einzubringen. Wer in diesen Zeiten Entscheidungen hinauszögern würde, macht unsere Verwaltung schlichtweg handlungsunfähig. Deshalb nochmals danke für das rechtzeitige Einbringen des Haushalts 2009.

Mit der heutigen Beratung wird das sog. „Königsrecht“ des von der Bürgerschaft gewählten Gemeinderats öffentlich gemacht.

Aber zuerst will ich noch ein Wort des Dankes an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rathausverwaltung und der städtischen Töchter:

Wir danken für die gute Arbeit, die Sie zum Wohle der Bürgerschaft in Loyalität zur Stadt im zu Ende gehenden Jahr geleistet haben.

Weiterhin wollen wir allen ehrenamtlichen Akteuren in dieser Stadt herzlich danken für ihren großzügigen Einsatz, den sie den Schwachen in unserer Gesellschaft, also Kindern, Behinderten und älteren MitbürgerInnen entgegengebracht haben.

In welcher Umwelt leben wir Bruchsaler?

Noch bis zur Sommerpause 2008 schien in der sog. Finanzwirtschaft und in der produktiven Wirtschaft die Welt heil.

Wer jedoch bereits 2007 genauer hinschaute, konnte die Finanzluftblasen erkennen. Die Pleite der Sachsen LB war ein erstes öffentliches Warnzeichen.

Die Warnung wurde aber allzu schnell beiseite gewischt und die ach so starke LBBW in Stuttgart griff dieser Sachsen-LB kräftigst unter die Arme. Die Ruhe war fast wiederhergestellt, nur wurden keine Lehren aus diesen hochriskanten

Finanzgeschäften gezogen. Der „Raubtierkapitalismus“ konnte ungestraft seine Beutezüge weiter betreiben.

Jetzt, nachdem vieles in den Keller gefahren ist, erfahren die Finanzexperten in den Verbraucherzentralen die blanke Not von kleinen Anlegern, die im Vertrauen auf alte Bankertugenden dort ihre Spargroschen angelegt hatten.

Durchaus berechtigt stellt deshalb Richard David Precht in einem großen Magazin fest:

„Wirtschaftssystem, Lebensweise, Menschenbild sind in der Krise. Alte Gewissheiten sind dahin.“

Er stellt seinen philosophischen Beitrag unter die Überschrift:

“Die Suche nach dem verlorenen Sinn“ und er fragt seine Leserschaft zu Recht:

„Wo ist das Band, das unsere Werte noch zusammenhält, wo ist die Moral, die uns – unsere Gesellschaft - vereint?“

Wir stellen diese Frage sehr bewusst auch in dieser Haushaltsdebatte:

Wo ist die Moral, die unsere Gesellschaft vereint? und wagen die Prognose:

Wenn es uns als politisch Verantwortlichen in dieser Stadt nicht gelingen sollte, mit vernünftigem und nachhaltigem politischen Handeln zu reagieren, dann werden die BürgerInnen in noch viel breiterem Umfang uns MandatsträgerInnen die Gefolgschaft verweigern, und **unsere demokratische Gesellschaftsordnung gerät in ernsthafte Gefahr.**

Der Haushaltsentwurf 2009 steht in der aktuellsten Fassung wie folgt:

Ordentliche Erträge	86.458.017 €
Ordentliche Aufwendungen	<u>92.119.942 €</u>
Ordentliches Ergebnis	<u>minus</u> 5.661.925 €

Man darf erschrecken, aber man muss nüchtern hinterfragen wodurch und wofür. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen haben wir keine.

Der Gemeinderat soll einer Kreditermächtigung für Investitionen von 4.850.000 € zustimmen und weiteren 11.400.000 € Verpflichtungs-Ermächtigungen.

Die riskanteste Investition im Haushaltsentwurf 2009 ist der geplante Umbau des Rathauses in ein Einkaufszentrum:

- Riskant, weil finanziell noch in keiner Weise abgesichert.
- Riskant auch, weil die BürgerInnen diesen Umbau eigentlich nicht lieben.
- Riskant, weil der Umbau ausgerechnet vor Kommunalwahlen stattfinden soll.

- Weniger riskant für den Oberbürgermeister, weil er ja zur OB-Wahl im Herbst 2009 nicht mehr antritt.

Wir, die SPD-Fraktion stellen wegen der bisher unübersichtlichen finanziellen Situation. bezogen auf das SEPA-Projekt „**Bebauung alter Markt und Umbau Rathaus zu einem Kaufhaus**“, den **Antrag**, alle Einzelmaßnahmen, die im Haushalt 2009 hierfür vorgesehen sind, mit einem **Sperrvermerk** zu versehen.

Der Sperrvermerk für alle Ausgaben, bezogen auf den Umbau des Rathauses, wird von uns damit begründet, dass

- Mit dem Verzicht auf einen Erbbaupachtvertrag eine vollkommen neue Geschäftsgrundlage geschaffen wird.
- Der Gemeinderat dazu bisher keinerlei Zahlen und Daten über die finanziellen Folgen hat.
- Wir erst recht keine Zahlen über einen Kaufpreis für die Flächen des alten Marktes haben.
- Und für den Gemeinderat bisher nicht erkennbar ist, wo unsere Beschäftigten während und nach dem Umbau wie und zu welchen Mietpreisen ihre ‚Bürozelte‘ aufschlagen sollen oder werden.
- Die finanziellen Folgen für zukünftige städtische Haushalte für uns Gemeinderäte unklar sind.
- Die Gefahr besteht ‚in ein offenes Messer zu laufen‘.

Das ist im Augenblick aus unserer Sicht der Risikokurs, der die allerhöchste Aufmerksamkeit von uns StadträtInnen erfordert.

Spätestens jetzt findet der Merksatz „*Vertrauen ist gut - Kontrolle ist besser*“ seine berechnete Anwendung!

Wir beantragen **Einzelabstimmung über unseren Antrag vor der Abstimmung über den Haushalt 2009.**

Das Projekt „Bebauung Alter Markt“ ist zwar politisch entschieden, aber es ist finanziell offen und mit hohem Risiko behaftet. Von der Stadt, aus unserer Stadtkasse, werden erhebliche Mittel für den Umbau des Rathauses gefordert. Deshalb ist dieser Sperrvermerk notwendig.

Wir fügen besonders an die Adresse der Kolleginnen und Kollegen der **CDU-Fraktion**, die bisher die politische Hauptlast für den Rathausumbau tragen, hinzu:

In der derzeit schwierigen Finanzwelt können wir unserer Verantwortung für Bruchsal nur gerecht werden, wenn wir ohne jede Partei-Emotionen rein sachlich abwägen.

Nicht die Gesichtswahrung Einzelner oder die Parteiloyalität kann der Maßstab für unsere Entscheidung sein, sondern allein die Zukunftsfähigkeit der Stadt Bruchsal, auch deren finanzielle Zukunftsfähigkeit.

Diese Stadt hat wichtigere elementare Aufgaben für die Bürgerschaft zu erfüllen, als das Rathaus, erst vor wenigen Jahren energetisch saniert, jetzt mit Steuermitteln in ein Handelshaus teuer umzubauen.

Niemand gibt uns eine Betriebssicherheit für die Läden. Niemand wird uns einen Mietvertrag für die Rathausbüros geben, der günstiger ist als das, was wir schon hatten oder auf dem Markt erreichen könnten.

Der Sperrvermerk hat also auch eine hohe Schutzfunktion für alle, die sich bisher mit diesem Projekt identifiziert haben. Und dieser Sperrvermerk ist nur per Abstimmung im GR wieder aufhebbar.

Ich wiederhole: **Einzelabstimmung vor der Abstimmung zum Haushalt 2009.**

Mit den weiteren geplanten Investitionen liegen wir als Stadt Bruchsal genau auf der Entscheidungslinie, die die Bundeskanzlerin und ihr Finanzminister vorschlagen:

Investitionen in Kindergärten und Schulen, öffentliche Investitionen sogar vorziehen, um auf diesem Weg die Konjunktur in Deutschland zu halten.

Wir könnten in Bruchsal viel gewinnen.

Wir verweisen auf das Konjunkturprogramm des Landes. Jeder Euro, den wir nicht in den Rathausumbau stecken oder durch realistische Mieten in der Dragonerkaserne gewinnen können, hilft uns finanziell verantwortbar bei dringend notwendigen Investitionen in Kindergärten, Justus-Knecht-Gymnasium und Schulsporthalle!

Wir begrüßen es, dass Arbeitgeber, Gewerkschaften und Betriebsräte gemeinsam zu der Erkenntnis kommen, dass jetzt Entlassungswellen und Personalabbaumaßnahmen der falsche Weg zur Problemlösung sind. Das Problem „Fachkräftemangel“ bleibt unserer Wirtschaft und dem öffentlichen Dienst nämlich treu. Siehe Dezemberausgabe der IHK „Wirtschaft“: **„Kampf gegen Fachkräftemangel bleibt wichtigste Aufgabe“.**

Also handelt jeder Unternehmer nachhaltig, der seine Leute hält und sogar die Zeit nutzt für Weiterbildung und Ausbildung.

Es muss zum Antrag der **Freien Wähler** auf Einsparung der 200.000 Euro für eine 6-monatige Übernahme der Azubis extra etwas gesagt werden:

Ihr Antrag ist rückwärts gewandt, in keiner Weise nachhaltig und zukunftsfähig.

Der FW-Antrag ist gegen die junge Generation gerichtet, die Sie sonst so gerne als Kunden in der Stadt und in ihren Läden haben wollen. Sie handeln nach dem Motto „Wir sparen, egal was es kostet.“ Und Sie sind überhaupt nicht konsequent: Für Parkplätze können Sie gar nicht genug Euro ausgeben, sofern es der Steuerzahler finanziert, nur für die jungen BürgerInnen, die vielleicht nach ihrer Ausbildung nicht übernommen werden, weil es der Stellenplan nicht hergibt, für diese Leute haben sie nichts übrig.

Solche befristete Übernahmen nach der Ausbildung haben sich in vielen Branchen bestens bewährt.

Wir, die SPD, sind für die Weiterbeschäftigung der Auszubildenden.

Wir stimmen gegen ihren Antrag!

„**Weiterbildung**“ für die MitarbeiterInnen im Rathaus ist auch ein Thema dieser HH-Beratung. Es finden sich in den Teilhaushalten viele Kleckerlesbeträge für Weiterbildung. Aber sie ergeben in der Summe keine Zahl, mit der wir vorbildlich glänzen könnten oder eine positive Wirkung für die Personalentwicklung im Rathaus erzielen könnten. Wer aus den Betrieben weiß, was gute Seminare kosten und was neu motivierte MitarbeiterInnen einbringen, der fragt sich schon, welche Personalpolitik hier betrieben wird.

Es ist zum Beispiel erstaunlich, wie viele junge Beamte in den letzten Jahren aus Rathäusern der Umlandgemeinden in anderen Gemeinden erfolgreich zum Bürgermeister aufstiegen. Aus dem Bruchsaler Rathaus war niemand dabei!

Wir, die **SPD-Fraktion**, fordern hier zukünftig größere und zielgerichtetere **Weiterbildungsmaßnahmen** zum Beispiel für Teamarbeit und fachamtsübergreifende Projekte. Wenn sich unsere Amtsleiter auch beteiligen würden, kann das nur gut für die Stadt und ihre Bürgerschaft sein.

Wir müssten dann weniger nach den Personalzahlen schauen, weil sich Einsatztiefe, zielgerichtete Arbeitsplanung und die Aufgabenlösungen besser entwickeln würden.

Wir bitten -als Grundlage für zukünftige Überlegungen- heute schon um einen Bericht, wie die wenigen Weiterbildungsmittel eingesetzt werden.

Teilhaushalt 2: Sicherheit und Ordnung

Regelmäßig konnte man in diesem Jahr lesen, dass auch in unserem Land B-W die Zahl derjenigen, die sich keine Wohnung mehr leisten können, steigt. Deshalb begrüßen wir den Einsatz von 60.000 Euro für Baumaßnahmen zur Unterbringung von Obdachlosen.

Wir erwarten gerne einen Bericht zur Situation der Obdachlosen in Bruchsal.

Wir erinnern auch an die jahrzehntelange erfolgreiche Arbeit der Caritas im Itzelhaus.

Die Summe von 58.500 Euro für **Geschwindigkeitsgroßanzeigen** wollen wir einsparen. Wir erleben, dass sich die Autofahrer nur kurze Zeit von solchen Anzeigen beeindrucken lassen. Eine mobile scharfe Geschwindigkeits-messanlage ist ärgerlich, wenn man erwischt wird. Aber sie ist eindeutig wirkungsvoller!

Also unser Antrag, Geschwindigkeitsgroßanzeigen aus dem Haushalt zu streichen.

Auch die Hofsanierung am Bruchsaler Feuerwehrhaus muss nicht in diesem Jahr erfolgen.

Teilhaushalt 3: Schulen

Wir freuen uns über zahlreiche kleinere Investitionen an den Schulen in Büchenau, Helmsheim, Heildelsheim und Obergrombach.

Auch an den kernstädtischen Grund und Hauptschulen wird investiert.

Rätselhaft sind uns dabei die Kosten für die Erweiterung des Lehrerzimmers der **Konrad-Adenauer-Schule**. Veranschlagt sind 600.000 € Ärgerlich sind wir darüber, dass dem GR vor Jahresfrist eine zügige Planung und der Baubeginn noch in 2008 zugesagt war.

Nach dem Schulleiterwechsel hat der OB in eigener Machtfülle gegen das Lehrerzimmer entschieden.

Er schlägt uns mit dem HH 2009 eine Planungsrate von 50.000 € und 550.000 € Baukosten erst im Jahr 2010 vor - Konjunkturprogramm Land?

Damit stellt sich der OB gegen den erklärten einstimmigen Wunsch des GR aus der Beratung von 2007.

Wir stellen erneut den Antrag auf Baubeginn in 2009.

Die Platzverhältnisse im Lehrerzimmer der Ganztagesesschule lassen kein gutes Arbeitsklima entstehen.

Es wurde von uns schon längst alles dazu gesagt, und der Gemeinderat hatte es kapiert und deshalb positiv entschieden.

Ihre Entscheidung, Herr OB Bernd Doll, das ist einfach die Leute verärgert!

Der größte Brocken kommt mit dem Neubau einer Grundschule, einer zweizügigen Realschule, einer Schulsporthalle und der Ganztageseinrichtung in **Untergrombach**. Kassenwirksam werden 2009 3,1 Mio € Dazu gehört noch eine VE über 4,5 Mio €

Die VE sollte nicht als Verzögerungseinheit im Baufortschritt eingesetzt werden!

Diese Zukunftsinvestition ist dringend notwendig und nachhaltig. Unsere Enkel und Kinder sollen eine zeitgemäße Ausbildung erhalten.

Schule, Unterricht und Kinder sind heute nicht mehr wie vor 60 Jahren, als man uns Schüler noch mit Tatzen beeindrucken konnte.

Die Baumaßnahmen am **Schönborn-Gymnasium** werden 2009 ausfinanziert.

Mit der Fertigstellung der neuen Räume dürfte der vom Land diktierte G8-Betrieb in eine gute Arbeitsatmosphäre kommen.

Bleibt das **Justus-Knecht-Gymnasium**: Sorgenkind und zu oft auch Stiefkind Bruchsaler Schulpolitik.

Es war erstaunlich, mit welcher Geschwindigkeit unser Schuldezernent im Frühjahr 2008 die Entscheidungen für neue Schulcontainer vorantrieb. Nur: es reicht nicht!

Inzwischen haben die Eltern 3000 Unterschriften gesammelt. Sie wollen bessere räumliche Bedingungen. Mit Recht!

Während ein privates Gymnasium auf der grünen Wiese alle Planungen für Bruchsaler Schulen zeitlich überholt, müssen die eigenen städtischen Schulen warten. Prestigeprojekte sind wichtiger als unsere Elementaraufgaben.

So wie die Boni der Finanzberater zurückgefahren werden, sollte vielleicht das Besoldungssystem unserer politischen Leitungsbeamten von der Aufgabenerfüllung hinsichtlich der elementaren Vorsorge einer Kommune abhängig gemacht werden. Wir hätten einen anderen Drive!

Die SPD-Fraktion erwartet noch in diesem Frühjahr den angekündigten Bericht mit Lösungsvorschlägen statt weiterer Pressemeldungen mit Verteidigungscharakter.

Unzufrieden sind wir auch mit dem Projektverlauf **Schulsporthalle**.

Wir alle wissen, dass an den Bruchsaler Schulen die dritte Sportstunde nicht gegeben und bei den Doppelstunden sehr viel Zeit mit An- und Abfahrt vergeudet wird.

Auf S. 193 des Haushalt-Entwurfs stehen als Gesamtaufwand für eine Multisport-Anlage 1.153 318 €

2008 war ein Ansatz von 800.000 € geschrieben. 2009 ist nichts geschrieben.

Stattdessen kommt jetzt die Ehrenrunde unseres Bürgermeisters **Hockenberger**: Wieder einmal hat ein privater Investor unserer Verwaltung etwas von einer privaten Sporthalle vorgeschwärmt – diesmal eine **Soccerhalle**. Diese soll dann von den Ball spielenden Vereinen genutzt werden. Aber die beginnen mit Training doch erst nach 17.00 Uhr. Wie soll also eine Entlastung der städtischen Sporthallen zur Unterrichtszeit erfolgen? Ganz abgesehen davon, dass sich viele Vereine die Hallenstunden in einer Privathalle nicht leisten können.

Und Sponsoren wie Herr Hopp in Kronau oder Newport in Karlsruhe werden hier leider nicht auftreten.

Die Ehrenrunde ist eine Umfrage unter den Schulen und Vereinen nach dem tatsächlichen Bedarf. Soweit so gut, aber warum der späte Start dieser Umfrage? Die Probleme sind doch seit Jahren bekannt! Zielgerichteter Einsatz der Personalkapazitäten und auch einmal etwas fertig machen, das ist unsere Forderung. Nicht nur diskutieren und wieder in die Ablage damit!

Die SPD stimmt allen Investitionsmaßnahmen mit einer Summe von 4,5 Mio Euro an den Schulen zu.

Teilhaushalt 4: Kultur

Die Zuschüsse für die **LBS**, die **MUKs** und die **Kunstschule** bleiben erhalten. Besonders erwähnen wollen wir die engagierte „Schulsozialarbeit“ der Musik- und Kunstschule an unseren Bruchsaler Grund und Hauptschulen.

Wir freuen uns und stimmen der halben Stelle in der Stadtbibliothek zu.

Nicht gefallen uns die regelmäßigen Mieterhöhungen durch die BTMV. Haben die Verantwortlichen der Produktgruppen Bibliothek und VHS etwa die Entscheidungsfreiheit, sich auf dem Markt andere, preiswertere Räume zu suchen?

Oder müssen sie das erdulden, obwohl sie über die Gebühren die Mieterhöhung nicht einspielen können?

Die **historische Kommission** ist seit Jahren verwaist. Hoffen wir, dass der zukünftige OB eine glücklichere Hand hat, um zu neuen Ufern zu kommen.

Teilhaushalt 5: Soziales

Wir gratulieren unserem Kämmerer, dass er für den Begriff „Freiwillige Leistungen“ einen neuen Ausdruck gefunden hat: **Transferleistungen**, damit wird keine willkürliche Verfügbarkeit mehr suggeriert. Dahinter stecken hohe und sehr sinnvolle Zahlungen z. B. für Kindergärten.

Aber es wird auch ausgedrückt, dass es sich um vertragliche Verpflichtungen der Stadt handelt. Und solche Verträge geht man nur ein, wenn ein beidseitiger Nutzen herauskommt.

Diese Transferleistungen betragen in der Gesamtsumme 9.761 600 € Nicht allein für Kindergärten, sondern Musikschule, Vereinszuschüsse u .a. m.

Die **SPD-Fraktion** erwartet mit Spannung das Ergebnis der städtischen Kommission zur Gestaltung und den Notwendigkeiten von Kinderbetreuungsangeboten. Stimmt der Termin Februar noch?

Wir wollen danach zielstrebig den Kindergarten **St. Josef** in einen menschenwürdigen Zustand bringen.

Aber es ist für die **SPD** auch klar, dass als Entscheidungsgrundlage für die Standorte von Kleinkinderbetreuungsstätten auch der Wohnort der Mütter und Väter eine wichtige Rolle spielt.

Babytourismus scheidet für uns aus, in jedem Stadtteil sind entsprechende Einrichtungen zu schaffen.

Teilhaushalt 6: Sport

Hier haben wir bereits bei den Schulen deutliche Ausführungen gemacht. Es ist klar, dass von jeder Schulsporthalle auch unsere Sportvereine in den Abendstunden einen Vorteil für ihre wichtige Jugendarbeit haben.

Teilhaushalt 7: Planen, Bauen, Natur und Umwelt

Zunächst erinnern wir nochmals an den **Antrag ‚Sperrvermerk‘** für alle Ausgaben zum Umbau des Rathauses.

Antrag 2

Weiterhin stellen wir den Antrag, dass in Bruchsal alle industriellen und sonstigen gewerblichen Brachflächen erfasst werden. Dem Gemeinderat ist noch vor der Kommunalwahl ein Bericht hierüber zu geben.

Antrag 3

Die SPD will den zukünftigen Wohnungsbedarf ermittelt haben.

Es ist absehbar, dass trotz steigender Demografiekurve immer mehr Wohnungen leer stehen, obwohl bezahlbarer Wohnraum dringend gesucht wird!

Statt immer weitere Flächen auf schwierigem Terrain als Wohngebiete auszuweisen, sollten wir uns von der Seite der Nutzung bestehender Wohnungen dem Thema ‚Wohnungsbedarfe‘ nähern.

Antrag 4

Eine Nachrechnung der Verkehrsbelastung der Kreuzung L 558/K3529 im Auftrag der Stadt hat ergeben, dass diese Kreuzung eigentlich bereits als Ampelkreuzung zu bestimmten Stoßzeiten überlastet ist.

Die gleichen Verkehrszahlen stoßen auch auf den Bepo- und Aro-Kreisel.

Wir fragen nach dem Stand der Leistungsfähigkeit dieser innerstädtischen Kreisel.

Antrag 5

Den BNN war zu entnehmen, dass die KFZ-Zulassungsstelle des Landkreises seit Jahren eine Abnahme des KFZ-Bestandes registriert.

Welchen Einfluß haben solche Zahlen aus unserer direkten Region auf die eigenen Bruchsaler Verkehrsplanungen?

Antrag 6

S. 354 HH-Plan: Schlachthofmauer Gesamtmaßnahme 370 .000 €streichen!

Lob wollen wir an dieser Stelle den Bürgerinnen und Bürgern erteilen, die während der Steinmetzarbeiten für den Europaplatz die Künstler beherbergt haben. Das war und ist gelebtes Europa. Warum aber hat sich die Stadtverwaltung selber so vornehm zurückgehalten?

THH 8: Wirtschaft

Damit schließt sich der Kreis in unserer Haushaltsrede.

Etwas merkwürdig finden wir es schon, dass unter dem Titel ‚Wirtschaft‘ sowohl die Wirtschaftsförderung als auch die Abfallwirtschaft zu finden ist. Ein Zeichen der Zeit der sogenannten Wirtschaftskrise?

Wir stellen heute einen Prüfungsantrag:

Wir wollen genauer wissen, wie es um die Effizienz unserer **Wirtschaftsförderungsgesellschaft** und der direkt beteiligten Akteure wie z. B. Stadtplanungsamt, TED-Angebote, Sanierungsstelle und Stadtmarketing steht.

Irgendwie müssten diese Bereiche ja miteinander kommunizieren und produzieren.

Nur erschließen sich uns keine Ergebnisse.

Andererseits kann es nicht Aufgabe der WFG sein, Kurse anzubieten, die in das Aufgabengebiet von IHK, Handwerkerinnungen u. a. fallen. Es sei denn, es gibt eine auch finanzielle Beteiligung dieser Einrichtungen.

Die Produktion von Hochglanzbroschüren erscheint uns zu wenig als Ergebnis für das wertvolle Aufgabengebiet Wirtschaftsförderung.

Zum Schluss dieser HH-Rede:

Wir wünschen allen Akteuren an verantwortlichen Stellen im Wirtschaftsgeschehen Bruchsal für das sicherlich schwierige Jahr 2009 eine ruhige und glückliche Hand bei allen Entscheidungen.

Die Menschen in den Betrieben und Läden hatten die Erfolge der letzten Jahre möglich gemacht. Wer sie jetzt einfach entlässt, der handelt wie jene, die mit dem Geld und Gut der Leute viele Boni eingeheimst aber nur an sich und den eigenen Reibach gedacht haben.

Es wird sich zeigen, ob unsere Führungsriege wieder moralische und ethische Werte vorleben werden.

Erinnern wir uns noch einmal kurz der Eingangsfrage:

*„Wo ist das Band, das unsere Werte noch zusammenhält?
Wo ist die Moral, die uns vereint?“*

Prüfen wir doch, ob wir nicht zu viele Werte haben, die sich einander widersprechen!

In der Konzentration auf das Wesentliche steckt die Chance auch für den Haushalt 2009 für diese Stadt:

So könnten wir die Stadt positiv voranbringen.

Ein herzliches Glück-Auf für 2009!

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

E-F Schäfer

16.12.2009